



MAG. KLAUDIA TANNER  
BUNDESMINISTERIN FÜR LANDESVERTEIDIGUNG

S91143/91-PMVD/2025

14. August 2025

Herrn

Präsidenten des Nationalrates

Parlament

1017 Wien

Die Abgeordneten zum Nationalrat Ing. Thau, Kolleginnen und Kollegen haben am 16. Juni 2025 unter der Nr. 2602/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Österreich unter französischem Atomschirm? – Anfrage zur sicherheitspolitischen Strategie“ gerichtet. Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu 1, 2, 4, 5 und 7:

Das französische Nuklearwaffenpotential schützt alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union vor einem etwaigen Aggressor mit Nuklearwaffenfähigkeit. Bei diesem indirekten Schutz handelt es sich um rein französische Fähigkeiten. Dieser Umstand steht nicht im Widerspruch zu meiner geäußerten Ablehnung von Nuklearfähigkeiten. Österreich hat sich hinsichtlich der Nutzung und Verfügung über Atomwaffen zahlreichen Verboten und Einschränkungen unterworfen. Betreffend die Beistandsklausel gemäß Art. 42 Abs. 7 des Vertrages über die Europäische Union ist anzumerken, dass es dem aktivierenden Staat dabei frei steht, welche Mitgliedstaaten er um Unterstützung ersucht und welche Mittel der Unterstützung er anfordert. Die Bestimmungen über die Neutralität kommen im Fall eines bewaffneten Angriffs auf Österreich nicht zur Anwendung. Da die Fragen im Übrigen keinen Gegenstand der Vollziehung des Bundesministeriums für Landesverteidigung betreffen, ist eine weiterführende Beantwortung nicht möglich.

Zu 3 und 8:

Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik Österreichs orientiert sich an der völker- und verfassungsrechtlich verankerten immerwährenden Neutralität und bezieht diese in alle relevanten strategischen und operativen Überlegungen mit ein. Das Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV) richtet seine Aufgabenwahrnehmung an den bestehenden sicherheitspolitischen Grundlagen der Bundesregierung aus, insbesondere an der österreichischen Sicherheitsstrategie. Ergänzend werden dabei auch, unter Wahrung der völkerrechtlichen Verpflichtungen Österreichs sowie unter Beachtung der besonderen Rahmenbedingungen der militärischen Neutralität, Entwicklungen auf europäischer Ebene,

wie etwa die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union (GASP), berücksichtigt. Die konkrete Ausgestaltung und Weiterentwicklung dieser sicherheitspolitischen Grundlagen erfolgt im Rahmen einer außen- und sicherheitspolitischen Gesamtbetrachtung auf Bundesebene unter Einbindung aller zuständigen Ressorts, wobei mein Ressort dazu militärfachliche Expertise einbringt.

Zu 6:

Im Sinne des Bundesverfassungsgesetzes vom 26. Oktober 1955 über die Neutralität Österreichs“ („Neutralitäts-BVG“), BGBl. Nr. 211/1955, und der Neutralität als Rechtsinstitut des Völkerrechts gilt für Österreich als immerwährend neutralen Staat das Verbot der Teilnahme an einem Krieg im völkerrechtlichen Sinn und das Verbot der Unterstützung einer (oder beider) Konfliktparteien. Dies gilt jedoch nicht im Bereich der Mitwirkung Österreichs an der GASP, das heißt bei der Durchführung eines GASP-Beschlusses der Europäischen Union. Weitere verfassungsrechtliche Inhalte des Neutralitäts-BVG ist die dort normierte Bündnis- und Stützpunktfreiheit.

Mag. Klaudia Tanner

